

● ● ● ● ● GLOBALE VERANTWORTUNG UND GERECHTIGKEIT AUF SPARFLAMME

Bewertung des Koalitionsvertrags von Union und SPD

Unter dem Titel „Verantwortung übernehmen für eine gerechtere Welt“ hat VENRO seine Kernforderungen zur Bundestagswahl 2025 vorgelegt. Unser Fokus liegt auf den Themen **Finanzierung und Agenda 2030, humanitäre Hilfe und Friedenssicherung, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte sowie Stärkung der Zivilgesellschaft**. Als Verband treten wir für eine **feministische Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe** ein, die strukturelle Ungleichheiten und koloniale Kontinuitäten überwindet. Das heißt, wir setzen uns in allen Bereichen für die Verwirklichung der Menschenrechte, insbesondere marginalisierter und verwundbarer Gruppen wie Frauen, junge und alte Menschen, Menschen mit Rassismuserfahrung, Menschen mit Behinderungen und LSBTIQ+, ein.

Am 9. April 2025 stellten Union und SPD ihren Koalitionsvertrag „Verantwortung für Deutschland“ vor.

Entwicklungszusammenarbeit wird als eigenständiges Politikfeld weitergeführt. Das Fortbestehen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) begrüßen wir. Es bleibt abzuwarten, was eine Bündelung der „Leistungen, die nicht in den klassischen ODA-Ressorts liegen, im BMZ“ konkret bedeutet. Begrüßenswert wäre eine kohärentere Entwicklungspolitik.

Die Schwerpunktsetzung im Koalitionsvertrag in der Entwicklungspolitik auf wirtschaftliche Zusammenarbeit, Zugang zu Rohstoffen, Energie sowie „Fluchtursachenbekämpfung“ droht, die eigentlichen Ziele der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe – die Bekämpfung von Hunger und Armut so-

wie die Überwindung von Ungleichheit – in den Hintergrund zu drängen. Wir vermissen zudem konkrete Ansätze für eine kohärente Regierungspolitik, die sich ressortübergreifend zum Ziel setzt, die Agenda 2030 umzusetzen und die Menschenrechte zu verwirklichen. Menschliche Sicherheit, welche auch den Zugang zu öffentlichen Gütern sowie die Gewährleistung der Menschenrechte einbezieht, kann es nur in einer gerechteren Welt geben.

Gerade jetzt, in Zeiten großer globaler Umbrüche und zahlreicher Krisen, ist es entscheidend, dass die neue Bundesregierung ihre politischen Vorhaben mit einer kohärenten, nachhaltigen Entwicklungspolitik und humanitären Hilfe umsetzt, so Verantwortung übernimmt und als verlässliche Partnerin auftritt.

Den Koalitionsvertrag bewertet VENRO wie folgt:

Finanzierung und Agenda 2030

Finanzierung, internationale Finanzarchitektur und Entschuldung

Mit der angekündigten Kürzung der ODA-Mittel wendet sich die neue Bundesregierung von ihrer internationalen Verpflichtung ab, mindestens 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe bereitzustellen. Damit Deutschland ein verlässlicher Partner bleibt, ist eine Aufstockung der Mittel um mindestens zwei Milliarden Euro für das BMZ und mindestens eine Milliarde Euro für die humanitäre Hilfe im Haushalt 2025 notwendig. Zudem sollte die ODA-Statistik überarbeitet werden, um die tatsächlichen

Mittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe darzustellen.

Bei der Mobilisierung zusätzlicher privater Finanzmittel ist es wichtig, dass diese immer dem Hauptziel, der Bekämpfung von Armut, Hunger und Ungerechtigkeit, dienen. Menschenrechte sowie der Umwelt- und Klimaschutz müssen bei privaten Investitionen gewahrt bleiben. Deswegen fordern wir die neue Bundesregierung auf, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) konsequent umzusetzen und die EU-Lieferkettenrichtlinie sowie andere Vorhaben des Green Deal nicht aufzuweichen.

Die geplante Einbindung von privaten Gläubiger_innen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise ist ein wichtiger Schritt. Hier sollten konkrete Prozesse zur Entschuldung angestoßen werden. Wir hätten eine Verankerung von zentralen Prozessen, wie der Unterstützung der UN-Steuerrahmenkonvention, wichtig gefunden. Wir begrüßen die grundsätzliche Zustimmung zu einer globalen Mindeststeuer.

Agenda 2030 – Bildung, soziale Sicherungssysteme und globale Gesundheit

Wir begrüßen das Bekenntnis zur Agenda 2030 und ihrer Weiterentwicklung. Entsprechende Maßnahmen müssen jedoch klarer skizziert, umgesetzt und ausreichend finanziert werden. Diese Ziele dürfen zudem nicht anderen Politikfeldern untergeordnet werden. So halten wir beispielsweise die Konditionierung von bilateraler Entwicklungszusammenarbeit in Verbindung mit Migrationspolitik für besorgniserregend.

Die angestrebte Stärkung der globalen Gesundheit bewerten wir grundsätzlich positiv. Aufgrund des Rückzugs wichtiger Geldgeber_innen, wie den USA, ist es zentral, dass Deutschland globale Gesundheit ausreichend finanziert. Um das SDG 2 „Hunger beenden“ zu erreichen, müssen insbesondere die Rechte auf Nahrung und Wasser verwirklicht wer-

den. Das klare Bekenntnis zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechten (SRGR) sehen wir positiv. Zentrale Vorhaben der letzten Bundesregierung in den Bereichen Bildung, menschenwürdige Beschäftigung, soziale Sicherung, robuste Gesundheitssysteme und Good Governance müssen weitergeführt und ausgebaut werden.

Entwicklungspolitische Inlandsarbeit ist ein zentraler Bestandteil von Entwicklungspolitik, der nur unzureichend im Koalitionsvertrag benannt wird. Wir fordern ein klares Engagement für das UNESCO-Programm Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen sowohl in der schulischen als auch der außerschulischen Bildung, wofür klare Strukturen, Programme und ausreichende Ressourcen benötigt werden.

Humanitäre Hilfe und Friedenssicherung

Die Absichtserklärung, die humanitäre Hilfe zu stärken und „auskömmlich“ zu finanzieren, begrüßen wir. Ein Sockelbetrag von mindestens zwei Milliarden Euro jährlich, der bei Bedarf durch außerplanmäßige Mittel ergänzt wird, ist hierfür notwendig. NRO sollten mindestens 30 Prozent dieses Sockelbetrags erhalten, denn sie sind essenziell in der Bereitstellung humanitärer Hilfe. Die im Koalitionsvertrag verankerte Stärkung von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen in Ländern des Globalen Südens ist begrüßenswert und sollte zu einem besseren Zugang zu finanzieller Förderung für die lokale Zivilgesellschaft führen.

Ein explizites Bekenntnis zur Stärkung des humanitären Völkerrechts, zu den humanitären Prinzipien sowie zur Weiterentwicklung des humanitären Systems fehlt im Koalitionsvertrag. Positiv ist die Betonung der vorausschauenden humanitären Hilfe und die Stärkung von Frühwarnsystemen. Das Bekenntnis zur UN-Resolution 1325 und zur Stärkung der Länder des Globalen Südens in internationalen Gremien begrüßen wir. Die humanitäre Lage im Gaza-

Streifen ist katastrophal. Die Hilfen für die UNRWA einzustellen, halten wir für unverantwortlich.

Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte

Menschenrechte und feministische Außen- und Entwicklungspolitik

Es ist wichtig, die Förderung von Frauen und Mädchen in den Blick zu nehmen, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht. Um strukturelle Hindernisse, wie patriarchale Machtverhältnisse zu überwinden, braucht es eine Politik, die die Diskriminierung von marginalisierten Gruppen insgesamt angeht. Uns fehlt im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis dazu. Es ist zu befürchten, dass dies ein Rückschritt für die Geschlechtergerechtigkeit, für Inklusion und den Abbau von Ungleichheit bedeutet.

Ein starkes Zeichen setzen die Koalitionspartner_innen mit ihrem Bekenntnis zum Schutz der Menschenrechte und derjenigen, die sie verteidigen. Sie nennen jedoch keine konkreten Maßnahmen. Niedrigschwellige, unkonventionelle Unterstützungsangebote müssen ausgebaut, finanziert und umgesetzt werden. Maßnahmen zur Umsetzung und zum Monitoring der Kinder-, Frauen- und Behindertenrechtskonventionen und anderer Menschenrechtskonventionen sollten ausdrücklich gefördert werden.

Internationale Klimapolitik

Das Bekenntnis im Koalitionsvertrag zu den Pariser Klimazielen ist begrüßenswert. Jedoch fehlt eine kohärente Strategie, wie diese erreicht werden sollen. Zwar möchte die Bundesregierung einen fairen Anteil an der internationalen Klimafinanzierung bereitstellen, doch ohne konkrete Zusagen dürfte mit einer sinkenden ODA-Quote auch die Klimafinanzierung zurückgehen. Diese sollte weiterhin vorrangig mit öffentlichen Mitteln der Industrieländer erfolgen. Die Erschließung innovativer Finanzierungsquellen nach dem Verursacherprinzip wäre zentral

gewesen. Es fehlt zudem eine klare Strategie zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel und beim Umgang mit klimabedingten Verlusten und Schäden.

Das Bekenntnis zu Energiepartnerschaften ist zu begrüßen. Diese müssen jedoch zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Überwindung von Energiearmut in den Partnerländern beitragen und zusammen mit der lokalen Zivilgesellschaft geplant und umgesetzt werden. Wir lehnen den Ausbau neuer fossiler Infrastrukturen in Deutschland und weltweit ab. Den Ausbau von Carbon Capture and Storage bewerten wir kritisch.

Stärkung der Zivilgesellschaft

Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung zivilgesellschaftliche Akteur_innen im Globalen Süden und in Deutschland stärken und sich für den Schutz und die Erweiterung ihrer Handlungsräume einsetzen will. Regierungsverhandlungen und –konsultationen müssen dafür systematisch genutzt werden. Es ist begrüßenswert, dass die Bundesregierung zivilgesellschaftliche Akteur_innen als zentrale Säulen unserer Gesellschaft anerkennt und fördern möchte.

Den geplanten Bürokratieabbau, die Reformvorhaben beim Zuwendungs- und Gemeinnützigkeitsrecht sowie die Modernisierung des Zweckkataloges schätzen wir prinzipiell als vielversprechend ein. In diesem Rahmen sollte auch die politische Betätigung gemeinnütziger Organisationen rechtssicher geregelt werden.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO), Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Telefon: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

Redaktion: Dorothee Baldenhofer, Hauke Wemheuer

Berlin, April 2025